



DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Initiative Gewalt-Verzicht im Fernsehen

von

Kurt A. Richter und Josef Hanel

Dokument aus der

Internetdokumentation Deutscher Präventionstag

www.praeventionstag.de

Hrsg. von

Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks

im Auftrag der

Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

(DVS)

Zur Zitation:

Richter, K.A.; Hanel, J. (2003): Initiative Gewalt-Verzicht im Fernsehen. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.
http://www.praeventionstag.de/content/2_praev/doku/richter/index_2_richter.html

Initiative Gewalt-Verzicht im Fernsehen

Wenn es gelänge, die Mediengewalt zu reduzieren, könnte dies ein kleiner, aber wichtiger Schritt zur Entbrutalisierung unserer Gesellschaft sein.

Die immer häufiger werdende Überschreitung von Tabugrenzen ist besorgniserregend. Dies gilt ganz besonders für Kinder und Jugendliche, die eine Erziehung zum friedfertigen, toleranten, sozialen Miteinander erhalten sollten und stattdessen oft unkontrolliert den Darstellungen gewalttätiger Ereignisse in den Medien ausgesetzt sind.

Deshalb habe ich 1992 die **Initiative Gewalt-Verzicht im Fernsehen** ins Leben gerufen. Ich bin zu der Auffassung gelangt, dass die Empörungsquote über die zunehmende Gewaltdarstellung im Fernsehen in der Bevölkerung sehr hoch ist. Bei unserer Unterschriftenaktion gegen die TV-Gewalt haben wir Tausende von Briefen bekommen, die eines deutlich machen: Ein großer Bevölkerungsanteil ist mit uns der Meinung, dass die Flut der Bilder von Gewalt und Menschenverachtung im Fernsehen unerträglich ist. Es muss noch mehr gegen diese mentale Umweltverschmutzung getan werden.

Über eine Viertelmillion Bürger/innen haben den Aufruf gegen die TV-Gewalt unterschrieben.

25 Säcke mit Coupons und Unterschriftenlisten haben wir am 21. Juni der Bundesministerin Frau Dr. Angela Merkel persönlich übergeben. 125 Professoren (besonders auf dem Gebiet der Kinderheilkunde, Psychiatrie, Medizin, Pädagogik, Psychologie und Kriminologie) haben den Aufruf gegen die TV-Gewalt unterschrieben. 7.608 Elternsprecher haben stellvertretend für die Eltern von 7.608 Schulklassen den Aufruf unterzeichnet.

Die zentralen Anliegen der Initiative

- Wir fordern einen verantwortungsbewussten Umgang (sowohl in Qualität als auch in der Quantität) mit der Darstellung von Gewalt im Fernsehen.
- Wir fordern die effektivere Durchsetzung und Kontrolle bereits bestehender gesetzlicher Regelungen (Bußgelder), jedoch keine staatliche Zensur.
- Wir fordern, dass indizierte Filme zu keiner Zeit im Fernsehen ausgestrahlt werden.
- Wir fordern, dass in Sendungen mit hohem Anteil an Gewalt und menschlichem Leid nicht mehr Werbespots geschaltet werden dürfen, da in diesem Kontext die Werbung gewaltverharmlosend und desensibilisierend wirkt.

- Wir appellieren an die werbetreibenden Firmen in Sendungen mit hohem Anteil an Gewalt und menschlichem Leid von sich aus nicht mehr zu werben und sich offen dazu zu bekennen.
- Wir betonen auch die Notwendigkeit erzieherischer und medienpädagogischer Maßnahmen im Elternhaus, im Kindergarten und in der Schule.

Darstellung, Entwicklung und Aktivitäten der Initiative Gewalt-Verzicht im Fernsehen:

Ausgehend von den Ergebnissen und Gutachten der Gewaltkommission der Bundesregierung, die das Risiko und die Gefahr von häufigen Gewaltdarstellungen im Fernsehen belegen [SCHWIND, H.D., BAUMANN, J. et al. (Hrsg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Berlin 1990] habe ich als Diplom-Psychologe, Psychotherapeut und Vater von drei Kindern (10 J./ 7 J. und 5 J.) im Herbst 92 die Initiative Gewalt-Verzicht im Fernsehen ins Leben gerufen.

Zunächst führte ich eine Korrespondenz mit Politikern und Mitgliedern der Gewaltkommission. Die Experten bestätigten die Notwendigkeit einer qualitativen, wie auch quantitativen Änderung von Gewaltdarstellungen im Fernsehen. Sie wiesen jedoch darauf hin, dass die Appelle an die Selbstkontrolle der Medienverantwortlichen nichts genützt hätten.

Zunächst bestand die Initiative aus einem Dutzend Eltern, die sich regelmäßig trafen, um über Risiko und Gefahren übertriebener Gewaltdarstellungen im Fernsehen zu diskutieren und Strategien zur Überwindung zu erarbeiten. Es wurde klar: Nicht Appelle an Ethik und Moral oder gar Zensur sind der Dreh- und Angelpunkt, um das Brutal-TV zu überwinden, sondern die Werbeeinnahmen. Nur bei entsprechendem öffentlichen und finanziellen Druck sind die Medienproduzenten bereit, sich umzustellen. Durch ein Deutlichmachen der Empörungquote und eine breite Unterstützung in der Bevölkerung können auch die Maßnahmen der Politiker wirksam unterstützt werden und die werbetreibenden Firmen ermutigt werden, sich auf diesen neuen Trend - humanes Fernsehen - einzustellen. Dazu möchte die Initiative Gewalt-Verzicht im Fernsehen einen Beitrag leisten.

- Der **Aufruf gegen die TV-Gewalt** für die Unterschriftenaktion mit Anregungen zum Aktivwerden wurde im Sommer 93 zusammengestellt.
- Beginn der bundesweiten Unterschriftenaktion im Spätsommer 93 mit dem Artikel "Reiz der Gewalt" in der Zeitschrift ELTERN. Der **Aufruf gegen die TV-Gewalt** ging an alle Fernsehanstalten, Landesmedienanstalten, alle Lokalradios in Bayern, NRW, Niedersachsen u.a.. Es folgten Öffentlichkeitsarbeit, Podiumsdiskussionen, Radiointerviews und Pressearbeit. In vielen Kindergärten, Schulen und Elternhäusern wurde das Thema "Gewalt im Fernsehen" diskutiert.
- Der Aufruf gegen die TV-Gewalt wurde in Abstimmung mit den schulformbezogenen Elternverbänden Nordrhein-Westfalen überarbeitet und über diese Verbände an die Eltern in nordrhein-westfälischen Schulen verteilt. Über den Bundeselternrat wurden darüber hinaus bundesweit alle Elternvertretungen angesprochen, dieses Anliegen zu unterstützen.

- Schulpsychologische Dienste in NRW, Schleswig-Holstein, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern beteiligten sich ebenfalls an der Unterschriftenaktion.
- Der Aufruf gegen die TV-Gewalt ging an viele Politiker und alle Landtage. (z.B. als Zuschrift Nr. 11/2821 an alle Abgeordneten des Landtags NRW, als Zuschrift Nr. 1/361 an alle Abgeordneten und die Fraktionsgeschäftsstellen des Landtages Brandenburg)
- Die Kinderärzte im gesamten Bundesgebiet erhielten den Aufruf gegen die TV-Gewalt mit dem Unterschriften-Coupon am 15. November in der Fachzeitschrift DER KINDERARZT 11/93.
- Alle Universitäts-Kinderkliniken im gesamten Bundesgebiet, alle Ärzte im Großraum München sowie verschiedene Jugendärztliche Dienste (z.B. Köln, Wiesbaden u.a.) erhielten den Aufruf gegen die TV-Gewalt und wurden aktiv.
- Viele Kindergärten beteiligten sich an dieser Anti-Gewalt-Aktion. Sie wurden auf die Initiative aufmerksam über die Zeitschrift *Kindergarten heute, Spielen und Lernen*, versch. Frauenzeitschriften oder über Jugendämter. Eine Kindergartenleiterin bei Nürnberg schrieb persönlich ca. 300 Kindergärten an und regte zu Elternabenden und Diskussionen zu diesem Thema an.
- Viele einzelne Bürger/innen haben spontan eigene Aktionen gemacht (z.B. Stand in Fußgängerzone, Projektstage in der Schule, Pressearbeit, Rundfunkinterviews, Autoaufkleber). Eine Mutter aus Wiesbaden ließ den Aufruf gegen die TV-Gewalt 35000fach drucken und verteilte ihn in Schulen, Arztpraxen und Kindergärten.
- In die englische Sprache übersetzt, konnte der Aufruf auch von in Deutschland lebenden Amerikanern unterschrieben werden.
- In folgenden Zeitschriften und Magazinen wurde auf die bundesweite Unterschriftenaktion hingewiesen: ELTERN 8/93, FOCUS Nr. 43 Okt./93, Sozialpädiatrie 10/93, Kindergarten heute 9/93, FREUNDIN 7/94, BRIGITTE 5/94, Spielen und Lernen 11/93, BILD + FUNK Nr. 33, NEUE WELT Nr. 40, Apotheken Umschau 11/93, Güstrow Express 20.1.94, Erziehen und lernen 6/94 u.a.
- In folgenden Zeitschriften und Magazinen wurde der **Aufruf gegen die TV-Gewalt** abgedruckt: DER KINDERARZT 11/93, Psychologie Report 2/94 *Zeitschrift des Berufsverbandes Deutscher Psychologen (BDP)*, Münchner Ärztliche Anzeigen 12/93, Lippe aktuell 20.2.94, Schweizer Zeit 1/94 und Kind Jugend Gesellschaft *Zeitschrift für Jugendschutz* März 1994.
- Am 15. Juni SÜDWEST 3 (TV) im Kulturmagazin **Et Zetera** um 22.45 Uhr [Jagd auf Gewalt - Widerstand gegen die Flut brutaler Fernsehbilder] mit einem Beitrag über die Initiative Gewalt-Verzicht im Fernsehen.

Dr. Josef Hanel, Dipl.-Psychologe und Pädagoge
Schulpsychologischer Dienst der Stadt Detmold
Telefon 05231 - 977 305 Fax 05231 - 977 425

Der Arbeitskreis der Leiter und Leiterinnen kommunaler Schulpsychologischer Dienste in NW und die Zusammenarbeit mit der Detmolder Initiative “Gewaltverzicht im Fernsehen”

Dr. Josef Hanel ist Mitglied der Initiative *Gewalt - Verzicht im Fernsehen* und gleichzeitig als Leiter des Schulpsychologischen Dienstes der Stadt Detmold auch Mitglied im Vorstand des Arbeitskreises der Leiterinnen und Leiter kommunaler Schulpsychologischer Dienste beim Deutschen Städtetag NRW in Köln tätig. Durch diese Doppelmitgliedschaft ergibt sich fast zwangsläufig die Zusammenarbeit, da in der Schulpsychologie die Meinung vertreten wird, dass der Einfluss von Medieninhalten auf das Leben und Erleben von Schüler/innen gegeben ist. Von vielen Schulpsychologen/innen wird aufmerksam verfolgt, wie und ob eine veränderte Medienlandschaft auf das Zusammenleben der Schüler/innen untereinander Einfluss nimmt. Mittlerweile gehört es zum festen Erfahrungswert der Pädagogik, dass nach einem (verregneten) Wochenende die Unterrichtssituation im Schulalltag deutlich erschwert ist.

Die Beteiligung des Arbeitskreises an der Unterschriftenaktion der Initiative Gewaltverzicht im Fernsehen hat dem Detmolder Schulpsychologischen Dienst und den beteiligten Diensten im Bundesgebiet sehr viel zusätzliche Arbeit aufgebürdet, aber auch in Zusammenarbeit mit vielen kooperierenden Kolleg/innen sehr viel Erfolg gebracht. Es ist gelungen, eine Empörungquote in Sachen TV-Gewalt zum Ausdruck zu bringen, die in Vortragsveranstaltungen mit Schulgemeinden immer wieder als Erfahrungswert bestätigt wird:

Breite Bevölkerungsschichten sind es leid, mit direkten und indirekten Darstellungen von Gewalt in den Medien überschwemmt zu werden!

Die Schulpsychologie hat sich in diese Frage als Partner den Elternverbänden in NRW angeboten. Nach vielen themenzentrierten Auseinandersetzungen über die richtige Strategie, über den Wortlaut des Aufrufes und über die Wahl der Kooperationspartner ist schließlich gemeinsam mit der Detmolder Initiative eine Interessengemeinschaft auf Bundesebene gegründet worden mit Schulpsycholog/innen, Elternverbänden, Kinderärzt/innen, Wissenschaftler/innen, Pädagog/innen, Psycholog/innen, Kindergarten-Erzieher/innen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Diese einmalige Allianz hat dazu geführt, dass es nicht zu vordergründigen Unterschriften-Sammelaktionen gekommen ist, eben weil an vielen Orten in der Bundesrepublik anhaltende Diskussionen über das Thema Gewalt im Fernsehen geführt wurden.

Verlauf der Initiative

Herbst 93 - Gründungsphase in Detmold. Die Initiative besteht zu diesem Zeitpunkt aus ca. einem Dutzend Eltern, die aufgrund eines Aufrufes in der Lokalpresse von Dipl.-Psych. Kurt A. Richter, Inhaber einer privaten psychologischen Praxis in Detmold, zustande gekommen ist. Bis zum Frühjahr 93 wurden die Bedingungsbeziehungen der TV-Gewalt von den

Mitgliedern der Initiative analysiert und das geplante Vorgehen diskutiert, bis sich schließlich ein Aufruf mit einer Unterschriftenaktion herauskristallisiert.

Frühjahr 93 - Es beginnt die Abstimmung mit dem Arbeitskreis der Leiter und Leiterinnen kommunaler Schulpsychologischer Dienste in Nordrhein-Westfalen. Im Arbeitskreis wird eine durchaus kontroverse Diskussion geführt, die sich letztlich von dem Gedanken leiten lässt, dass man über die TV-Gewalt unterschiedlich diskutieren kann, dass man polarisiert, wenn die Ursachen der zunehmenden Gewalt in Schule und Gesellschaft alleine auf das Fernsehen bezogen werden, dass man aber doch die Initiative unterstützen will. Die Stärke von uns Psychologen liegt im Reden, aber können wir auch konkret handeln ?

Eine Reihe von Dilemmata werden im Arbeitskreis der Schulpsychologen/innen ausgemacht. Kritisch wird von den Schulpsychologen/innen diskutiert, mit einer Unterschriftenaktion, wenn auch unwillentlich, monokausale Erklärungsansätze zu stützen. Manche befürchten, in eine unerwünschte Rolle eines Moralapostels zu rutschen, in die man, ob man will oder nicht hineingedrängt werden kann. Auf jeden Fall stimmt man den Forderungen der Initiative zu, nicht in die Pressefreiheit einzugreifen und vor allem auch keinerlei staatlicher Zensur das Wort zu reden. Und - eine Unterschriftenaktion kann eben nur erfolgreich mit plakativen Überschriften geführt werden!

Auf der Suche nach Bündnispartnern tritt man von Seiten der Schulpsychologie an die Landes-Elternverbände in Nordrhein-Westfalen heran. Später gesellt sich die Sektion Schulpsychologie des Bundes deutscher Psychologen (BdP) dazu, und über den Sektionsvorsitzenden Heyse wird der Bundeselternrat auf die Aktion aufmerksam gemacht. Einige Landesverbände der Sektion Schulpsychologie im BdP können sich mit dem Vorgehen anfreunden. Es kristallisiert sich ein doppeltes Vorgehen heraus. Neben den Unterschriften von einzelnen Bürger/innen werden über die Schulpsychologen vor allem die Unterschriften von Multiplikatoren (Klassenpflegschaften, Schulpflegschaften, Schul- und Elterngremien) in der Institution Schule anvisiert.

1. 6. 93 - Der Detmolder Schulpsychologe Dr. Hanel kann an einer Anhörung zum Thema "Jugendmedienschutz im Fernsehen" im Bundesministerium für Frauen und Jugend teilnehmen. Es sitzen sich gegenüber die Vertreter der Landesrundfunkanstalten und der Privaten Fernsehanstalten und die Vertreter des Jugendschutzes und der Wissenschaft, angeführt von Prof. Jo Groebel. Ministerin Dr. Merkel moderiert die Veranstaltung und schließt mit der Feststellung, dass sie bei diesem Thema nötigenfalls mit der Gesetzeskeule arbeiten wolle, um die TV-Gewalt drastisch zu senken.

Spätsommer 93 - Es beginnt das Sammeln von Unterschriften im Detmolder Raum, im lippischen Raum, in Ostwestfalen-Lippe, in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus im Bundesgebiet. Per Coupon kommen die meisten **Einzel-Unterschriften** nach Detmold zurück. Wohltuend stellt sich heraus, dass Medien, Fachmedien (z. B. die Zeitschrift DER KINDERARZT) das Anliegen aufgreifen und unterstützen. So kommen ebenfalls viele Unterschriftenlisten zusammen. Das Vorgehen ist aber immer gekennzeichnet von der Auseinandersetzung des einzelnen, ob er sich mit seiner Unterschrift dieser Aktion anschließt oder nicht.

Eine gänzlich andere Richtung wird über die **Multiplikatorenarbeit** eingeschlagen. Das Treffen der Landeselternverbände in Nordrhein-Westfalen im Juni 93 in Düsseldorf erbringt eine intensive Zusammenarbeit und damit den zweiten Schwerpunkt der Initiative, der von der Schulpsychologie getragen wird. Funktionsträger in Schulpflegschaften sollen auf Schulpflegschaftssitzungen von der Initiative Kenntnis erhalten und entweder Einzelunterschriften

sammeln oder die Vorsitzenden der Klassenpflegschaften zur Unterschrift bitten. In einigen Bundesländern wird diese Art der Unterschriftgewinnung bevorzugt. Das bedeutet, dass in den Klassenpflegschaftssitzungen oder Schulpflegschaftssitzungen über das Thema "Gewaltverzicht im Fernsehen" anhaltend diskutiert worden ist. Diese Unterschriften sind stellvertretend häufig für alle anderen Eltern in dieser Klasse abgegeben worden und von daher von besonderem Gewicht.

21. 06. 94 - Übergabe der Unterschriften an Frau Minister Dr. Angela Merkel im Ministerium

249.289 Einzelunterschriften und 7.608 Unterschriften von Elternvertretern, (die ebenso viele Schulklassen repräsentieren !!!)

für Frauen und Jugend in Bonn in 25 Säcken a 10.000 Unterschriften. Mit anwesend sind Vertreter der Initiative und auch Vertreter der Elternverbände sowie die Vertreter einer ähnlichen, aber wesentlich kleineren privaten Unterschriftenaktion aus Hessen. Gleichzeitig wird der Ministerin eine Presseerklärung übergeben. Presse, Funk und Fernsehen berichten der Öffentlichkeit von der Übergabeaktion. Die Unterschriftenlisten über die Multiplikatoren gehen infolge des geringen Volumens leider ein wenig unter. Zu erwähnen ist, dass in Nordrhein-Westfalen die meisten Unterschriften aus Hagen, Mönchengladbach und Dorsten eingegangen sind.

Gemeinsame Ziele mit der Initiative aus schulpsychologischer Sicht - Schule und Gewaltprävention -

- Ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Thematik "Gewaltdarstellungen im Fernsehen" soll durch Diskussionen angeregt werden und eine vermutete Empörungsquote in der Bevölkerung greifbar gemacht werden. Auf jedwede Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger wird dabei verzichtet. In Elternseminaren, Klassenpflegschaftsversammlungen und anderen schulischen Veranstaltungen werden Schulpsychologen/innen immer wieder mit der Sorge der Eltern und Lehrer/innen konfrontiert, dass zunehmende Gewaltdarstellungen im Fernsehen die Unterrichts- und Erziehungsarbeit erschweren.
- Dabei wird große Hoffnung darauf gesetzt, dass allein die Auseinandersetzung mit der Tatsache der zunehmenden Gewaltdarstellungen im Fernsehen und deren vermuteten Auswirkungen auf das Erleben und Zusammenleben der Schülerinnen und Schüler untereinander zu einer Bewusstseinsänderung in unserer Gesellschaft führen und die Selbstregulationskräfte der Gesellschaft aktivieren kann.
- In der Schulpsychologie wendet man sich entschieden gegen monokausale Erklärungsmuster im Kontext der Gewalt in Schule und Gesellschaft. Wohl aber wird den psychologischen Lerntheorien ein gewichtiger Anteil beim Entstehen von aggressiven Verhaltensmustern eingeräumt. Bei der Bewertung der über 5.000 Studien in dieser Frage schließen sich viele Schulpsychologen/innen der Meinung SELG's an, wonach Kinder und Jugendliche ein gewisses Risiko eingehen, wenn sie in ungeschützten Situationen mit Gewaltszenen im Fernsehen konfrontiert werden. Daher würde ein Bildschirm mit verminderten Gewaltszenen und vermehrten Szenen erwünschten sozialen Verhaltens eine sinnvolle Form der Gewaltprävention bedeuten. Es fehlen einfach friedliche Verhaltensmodelle, die piffig und

originell eine Art der Zielerreichung im Konfliktfall verkörpern, die ebenso erfolgreich ist wie die Gewalt.

- Schulpsychologen/innen sorgen sich aus einem anderen Grund über die Medienzeiten von Schüler/innen und Vorschulkindern. Eine längere Verweildauer vor einem Medium verhindert gleichzeitig die Möglichkeit zu sozialen Kontakten zu anderen Personen, in der Regel mit Familienmitgliedern und Gleichaltrigen im freien Spiel. Medienkinder und besonders die Vielseher unter ihnen handeln sich so ein Defizit im Sozialen Lernen ein. Dies führt zu einer deutlichen Verminderung von sozialer Handlungskompetenz bei Kindern im Einschulungsalter. Kommen ungünstige familiäre Gegebenheiten hinzu, kann das Defizit an sozialer Handlungskompetenz dramatische Formen erhalten und sich in einer Form des nicht sozialen Verhaltens, in aggressiven Ausbrüchen ausdrücken.
- Mit Besorgnis wird in der schulpsychologischen Praxis ein Schereneffekt beobachtet, der auf die größer werdende Problematik in den Familien zurückgeht (Scheidungsrate, etc.). Während nach wie vor gelungene Entwicklungsverläufe breiter Schülerkreise trotz des Gewaltpotentials in den Medien registriert werden, liegt das Risiko, durch Modellernen zu aggressivem Verhalten ermuntert zu werden, bei denjenigen Kindern und Jugendlichen wesentlich höher, die familiären und schulischen Belastungen ausgesetzt sind (Jugendforschung um HURRELMANN in Bielefeld). Während ein Teil derjenigen, die dem Erwartungs- und Leistungsdruck nicht standhalten, die Aggression nach innen richtet und dadurch nur dem Fachmann auffällt, beklagt man sich in Schule und Gesellschaft über die zunehmende Gewalt.
- Gestalten Schüler/innen neben dem vielen passiven Sitzen in der Schule und beim Mitlernen für den nächsten Schultag ihre restliche Zeit nicht ausgesprochen bewegungsfreudig, indem sie etwa vor (gewalthaltigen) Medien sitzen oder liegen, verkümmert ihr Bewegungsdrang durch Nicht-Ausleben-Können von Bewegungsimpulsen. Dies führt zu mangelnder Fitness in der Schule (über die Hälfte der Kinder schaffen keinen Klimmzug) und zu Bewegungsunsicherheit, die schnell als Aggressivität bewertet wird, obwohl sie eher in Tollpatschigkeit und mangelndem Verständnis für die Situation begründet ist.

Nachbetrachtung

Als abschließendes Fazit kann festgehalten werden, dass die Thematik der Gewaltdarstellungen in den Medien weder in der *Initiative Gewalt-Verzicht im Fernsehen*, noch in der Schulpsychologie oder in der Pädagogik ausdiskutiert ist. Vielleicht sollte man Verantwortliche Wirtschaftsführer/innen dafür interessieren, sich an die Umweltdebatte zu erinnern und es "chic" zu finden, die Werbung für Produkte grundsätzlich im gewaltfreien Raum zu schalten und damit Werbung zu machen. Als zentrale "message" soll gelten: Keine TV-Werbung im Kontext von Gewalt und mitmenschlichem Leid !

Und übrigens, warum sind wir alle so unfähig, eine schlechte Sache (Gewalt in den Medien) zu erkennen und gegenzusteuern, wo doch bereits jetzt schon bald jedes dritte Kind länger vor dem Fernseher sitzt als in der Schule (Familienministerin Nolte im AJS FORUM 2/96) ? Und warum fragen wir über die mehr als 5.000 Studien zur Gewaltdebatte hinaus nicht einfach einmal nach dem Nutzen von Gewaltdarstellungen in den Medien, anstatt die verdrießliche Diskussion mit Verantwortlichen, die schließlich vorwiegend mit Gewalt Geld verdienen wollen, ins Unendlich zu verlängern ?